

Verwertbarkeit versus Nationalismus

Flüchtlingspolitik zwischen Notstandsrhetorik und Wirtschaftsinteressen

Dr. Stephan Dünwald
Bayerischer Flüchtlingsrat

gefördert von:



UNO-Flüchtlingshilfe e.V.
Mut für Menschen.

- Ausgangsfrage: was steuert die Flüchtlingspolitik? Eher nationalistische oder kapitalistische Interessen?
- Gehen diese Interessen zusammen, ergänzen sie sich, oder sind sie eher divergent?

Meine These ist:

- es gibt diese unterschiedlichen Interessen, und sie sind nicht harmonisiert. Wir sehen bei der Flüchtlingspolitik eine **dominierende nationalistische Politik**, und zugleich **zivilgesellschaftliche** und **wirtschaftliche Interessen**

Die nationalistische Politik ist daran erkennbar, dass sie primär bestrebt zu zeigen,

- dass man **Einwanderung kontrollieren und begrenzen** kann, und
- dass man das Paradigma durchsetzen kann: **nur wer Schutz bekommt, darf auch bleiben.**
- Deshalb eine **kategorische Trennung** zwischen Flucht und Einwanderung
- **ABER:** Dieses **Ziel der Migrations- bzw. Bevölkerungskontrolle** steht in **Konflikt** damit, dass man diejenigen, die bleiben werden, auch **gut integrieren** will.

Die Ausländerbehörde, das Innenministerium, können keine Integration

- Während die Ziele a) und b) tatsächlich Ziele sind, die durch Ordnungsorgane, Polizei und Behörden, durchsetzbar sein müssen, ist **das Ziel der guten Integration** eines, das komplett anders organisiert ist.
- Hier sind Gesellschaft und Wirtschaft gefordert. Hier hat es nicht der Staat mit seiner Ordnungsmacht in der Hand, sondern muss sich auf andere Kräfte verlassen.
- Das führt den Staat in das Dilemma, dass er nicht mehr alles in der Hand hat, sondern **divergente Interessen** ins Spiel kommen.

Grunddilemma derzeitiger Flüchtlingspolitik:

- Staat will Bleibeperspektive vorschreiben, will über Bleiberecht entscheiden
- Zivilgesellschaft will diese Unterscheidung nicht (immer) akzeptieren
- Wirtschaft auch nicht: sie will die Arbeitskräfte, die sie für gut hält und die „da“ sind
- Das führt diesbezüglich zu Allianzen zwischen Flüchtlingsunterstützer*innen und Wirtschaft

- Wirtschaft und Unterstützer*innen: Wo liegen die Gemeinsamkeiten?
 - Wirtschaft sucht **Arbeitskräfte**/ Flüchtlinge brauchen **Aufenthalt**
 - **Integration** über Ausbildung und Arbeit
 - Über Arbeit /Ausbildung alternativer Weg in **Aufenthalt**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin ein Einzelunternehmer in Allgäu (Kaufbeuren) und ich hab da einen jungen Burschen der ein afghanischer Herkunft vorweist. Den ich auch liebend gerne in meinem Unternehmen einstellen würde, aber es nicht kann wegen sein Aufenthalt und Arbeitserlaubnis... ich hab bis heut in meinem Leben noch nie so einen netten, höflichen, respektvollen jungen kennengelernt oder besser gesagt so einen fleißigen, zuverlässigen Mitarbeiter gehabt! Wie diesen jungen Burschen da er offiziell ein paar mal bei mir Praktikas absolviert hat!!! Ich kann das überhaupt nicht nachvollziehen wie man mit Asylanten hier in Deutschland umgeht... lasst doch die Jungs die wirklich hier arbeiten und hier sich etwas aufbauen wollen einfach in Ruhe.... ich hab auch nix dagegen wenn man die faulen wieder abschiebt... aber wenn einer schon klar und deutlich sagt ich will von dem Staat nix und ich will auf eigenen Beinen stehen... dann sollte man das ganze irgendwie ansatzweise wahrnehmen und ne Chance geben. Denn ich befasse mich mittlerweile seid zwei Jahren mit dem und der Umgang mit dene ist unter Menschenrechte so geht man nicht mal mit den Tieren um wie die mit den Leuten umgeht... ich bestehe darauf das dieser junger Mann in meinem Betrieb aufgenommen wird und nicht abgeschoben wird!!! Denn das darf nicht sein vor allem nicht in den einer demokratischen Land wie Deutschland!!!!

Herzliche Grüße Fahri Sevimli

PRO Gebäudereinigung Neugablonzer Str. 17 87600 Kaufbeuren

gefördert von:



UNO-Flüchtlingshilfe e.V.
Mut für Menschen.

- Klares Gewinnstreben / Funktionieren des Betriebs als Primärinteresse
- Ausbeutung? Vielleicht. Aber mehr Ausbeutung, weil die Person ein Flüchtling ist? In Einzelfällen ja.
- Zahlreiche Arbeitsverhältnisse, die nicht richtig sauber sind. In manchen Bereichen /Betrieben höhere Fluktuation
- Aber zentrale Frage ist ja: **befördert der Staat** durch Gesetzgebung oder Anwendung **kapitalistische Interessen?**

Bedient die Gesetzgebung Wirtschaftsinteressen?

- Eindeutig **beschäftigungsfreundlich**:
3 + 2 Regelung (Anwendung in Bayern aber extrem restriktiv)
- Schon wieder **weniger freundlich**: Beschäftigungsduldung

- Eindeutig **beschäftigungsfeindlich**:
Anker-Zentren
- Schwierig, **eher unfreundlich**: Ausreise & Wiedereinreise zur
Ausbildung oder Arbeit
- Auch schwierig: Wohnsitzauflage

- Beispiel Afghanische Flüchtlinge: Lieblinge der Betriebe, aber Ausbildungsverbote und (wenige) Abschiebungen
- Beispiel Syrische Flüchtlinge: viele wollen keine Lehre, aber Anerkennung von Studienleistungen, Integration und Unterstützung im Studium schwierig
- Perspektive? Steuerung der Migration in den Arbeitsmarkt, Studium erschwerter Zugang

- Beispiele: Balkanstaaten – Schnelle Abschiebung, dann Wiedereinreise? Asylverweigerung und Arbeitsmigration
 - ARE: Balkanlager, reduzierte Rechte
 - „Transitzentren“ in Manching, Regensburg und Deggendorf
 - Anker-Zentren für Alle
- Senegalesen: langer Aufenthalt, aber keine Chance auf BeschErlaubnis
- Abwehr/Abschreckung/Abschiebungsdrohung stehen im Vordergrund
 - Intendierte/nicht-intendierte Effekte

FAZIT

Im Bereich Flüchtlinge ist gerade **kein „freies Spiel der Marktwirtschaftlichen Kräfte“** festzustellen.

Der Staat kontrolliert einen restriktiven Arbeitsmarktzugang, die BA oft die Arbeitsbedingungen.

Anders bei anerkannten Geflüchteten, die sehen müssen, dass sie sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten. Aber auch hier schützt die Anerkennung zumindest teilweise davor, zur Sicherung des Aufenthalts jede Arbeit unter allen Umständen annehmen zu müssen.

Geflüchtete sind besser geschützt als Migrant*innen

Der Markt

„Ende 2018 hatten erstmals 70 Prozent der Zuwanderer in Deutschland Arbeit. Die Qualität der Jobs sei allerdings bescheiden, viele Zuwanderer würden schlecht bezahlt und seien überqualifiziert.“ (Süddeutsche Zeitung 18.09.2019 zum OECD Bericht Zuwanderung)

Und: „Arbeitsmarktintegration: Erfahrungen aus der Praxis zeigen: die viel diskutierte (vermeintliche) Konkurrenz durch Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt gibt es in der Regel gar nicht.“ Doreen Bormann /Nikolai Huke (Der FREITAG Blog 6.08.2019)

Stolzes Eigenlob der Wirtschaft

Auf dem Kongress „**Vorsprung Bayern: Integration durch Ausbildung und Arbeit**“ zog Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., eine positive Zwischenbilanz der Initiative IdA – Integration durch Ausbildung und Arbeit:

„Den beteiligten Institutionen – Bayerische Staatsregierung, Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, Kammern und vbw – ist es gelungen, seit 2015 mehr als 105.000 Geflüchteten eine Arbeit, rund 17.000 ein Ausbildungsverhältnis und mehr als 116.000 Geflüchteten ein Praktikum zu vermitteln.“

Vergessen werden hier die Geflüchteten selbst und die Unterstützer*innen

gefördert von:

Bellevue di Monaco Kampagne:

„Lass mas halt arbeiten!“

www.lass-mas-halt-arbeiten.de

#lassmashaltarbeiten

gefördert von: